

Bachelorabschlussseminar WS2016/2017

Organisation

Für die Teilnahme an unserem Bachelorabschlussseminar bewerben Sie sich bitte ab dem 11.10.2016 über das neue E-Learning Portal. Die Vergabe der Plätze erfolgt nach dem „first come, first served“-Prinzip. Nach erfolgter Zuteilung, erhalten Sie eine E-Mail mit der Bitte, uns Ihre Themenpräferenzen mitzuteilen. Die Auftaktveranstaltung mit Themenvergabe findet dann in der 2. Vorlesungswoche statt. Am Ende des Semesters ist eine Abschlusspräsentation zu halten.

Themen

Folgende Themen bieten wir zur Bearbeitung im Rahmen einer Bachelorarbeit an. Erste Hinweise zu einer möglichen Schwerpunktsetzung sollen als Hilfestellung dienen. Gerne können Sie auch andere Umsetzungsideen mit dem Lehrstuhl diskutieren. Über eigene Vorschläge für Abschlussarbeiten freuen wir uns sehr, diese sollten aber ebenfalls rechtzeitig mit dem Lehrstuhl abgesprochen werden. Die folgenden Arbeiten können in deutscher Sprache verfasst werden, die mit * gekennzeichneten Themen können außerdem in englischer Sprache bearbeitet werden.

1. Sollte das Streikrecht reformiert werden?

„Mit der Privatisierung und der Aufhebung des Prinzips der Tarifeinheit haben die Arbeitskämpfe im Verkehrswesen stark zugenommen. Die Zuverlässigkeit der Verkehrsbedienung ist gefährdet und unbeteiligte Dritte haben oft das Nachsehen. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur hat eine Stellungnahme vorgelegt, die Empfehlungen ausspricht, wie das Streikrecht im Verkehrswesen neu geregelt werden kann.“ (Wirtschaftsdienst 2/2016) In der Arbeit soll die Problemlage dargestellt und vorgelegte Lösungsvorschläge kritisch analysiert werden.

2. Sollte die Abgeltungssteuer wieder abgeschafft werden?

„Verschiedene politische Parteien fordern, die Abgeltungssteuer abzuschaffen – selbst Bundesfinanzminister Schäuble scheint dies zu erwägen. Ursprünglich sollte sie dazu dienen, Steuerflucht weniger attraktiv zu machen. Nachdem aber die OECD-Länder Informationen über Kapitaleinkünfte automatisch austauschen werden, fällt diese Begründung weg. Tatsächlich wurde bei ihrer Einführung 2009 das Prinzip einer einheitlichen Besteuerung aller Einkommensarten aufgegeben und Kapitaleinkommen einer proportionalen Besteuerung unterworfen. Die wachsende

Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen könnte aber ein Argument für eine höhere und progressive Besteuerung von Kapitaleinkommen sein. Darüber hinaus stellt die Abgeltungsteuer Investitionen aus Fremdkapital gegenüber Eigenkapital besser.“ (Wirtschaftsdienst 2/2016) In dieser Arbeit sollen die Argumente für und wider eine Abschaffung der Abgeltungsteuer und die Ausgestaltung alternativer Modelle dargestellt und kritisch geprüft werden.

3. Reform der Erbschaftssteuer: Verfassungsrechtliche Vorgaben und Stand der Umsetzung

Am 17.12.2014 erklärte das Bundesverfassungsgericht Teile der Privilegierung von Betriebsvermögen im Erbschaftsteuergesetz für verfassungswidrig. Seitdem arbeitet der Gesetzgeber an einer Reform der Erbschaftssteuer, die mit dem Grundgesetz vereinbar ist und das Ziel einer gerechteren Vermögensverteilung in Deutschland verfolgt, gleichzeitig aber auch die Sicherung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft gewährleisten kann. Die Bachelorarbeit soll auf die Rechtsfolgen des bundesverfassungsgerichtlichen Urteils, sowie die Entwicklung des Reformvorschlages und dessen Vereinbarkeit mit den Vorgaben des Verfassungsgerichts eingehen. Die ökonomischen Konsequenzen der Reform sind zu diskutieren.

4. *Nudging: Potentiale und Risiken eines neuen Politikinstrumentes

Das Nudging kommt als Regulierungstechnik immer häufiger und in immer mehr Ländern zum Einsatz, um Individuen in ihrem eigenen oder im gesellschaftlichen Interesse handeln zu lassen. Die Arbeit soll den Wirkungsmechanismus, sowie Chancen und Risiken des Politikinstrumentes evaluieren. Dabei sollte die Analyse auf wissenschaftliche Studien sowie auf Beispiele aus der politischen Praxis eingehen. Ferner soll eingeschätzt werden, inwieweit das Nudging in der deutschen Renten- und Wirtschaftspolitik eingesetzt werden sollte.

5. Entwicklung der Einkommensungleichheit in Deutschland

„Das durchschnittliche reale verfügbare Haushaltseinkommen ist nach Berechnungen auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) von 2000 bis 2012 um fünf Prozent gestiegen. Von dieser Entwicklung profitieren aber nur die oberen Einkommensgruppen. Während die realen Einkommen der obersten zehn Prozent um mehr als 15 Prozent stiegen, stagnierten sie in der Mitte der Einkommensverteilung und waren in den unteren Einkommensgruppen sogar rückläufig. Im Ergebnis ist die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen in Deutschland bis zum Jahr 2005 stark gestiegen und stagniert seitdem auf hohem Niveau.“ (DIW Wochenbericht 25/2015) In dieser Bachelorarbeit soll die Entwicklung der Einkommensungleichheit in Deutschland anschaulich dargestellt und ihre möglichen Ursachen besprochen werden. Zudem soll diskutiert werden, in welchem Maße und mittels welcher Maßnahmen einer Zunahme von Einkommensungleichheit entgegengewirkt werden sollte.

6. *Konfliktlösungsmechanismen in internationalen Handelsabkommen

„Im Grundsatz geht es bei dem im TTIP-Abkommen enthaltenen Investitionsschutzkapitel darum, internationale Investoren vor neuen nationalen Rechtsvorschriften des "Gastlandes" zu schützen, soweit diese für die Investoren mit betriebswirtschaftlichen Nachteilen verbunden sind und wie eine direkte oder indirekte Enteignung des eingesetzten Kapitals wirken. Damit untergräbt TTIP allerdings die politische Souveränität der beteiligten Staaten, solche neuen Gesetze zu erlassen.“ (Wirtschaftsdienst 6/2016) In dieser Arbeit soll zunächst das grundlegende Problem dargestellt und mögliche Konfliktlösungsmechanismen in internationalen Handelsabkommen vorgestellt werden. Aus aktuellem Anlass bietet sich eine genauere Betrachtung des TTIP-Abkommens an. Dabei soll die aktuell angedachte Regelung möglichst detailliert vorgestellt und deren gesetzliche Durchführbarkeit sowie ökonomische Auswirkungen bewertet werden.

7. *Nachhaltigkeit und Tragfähigkeit als Ziele staatlicher Finanzpolitik

„Der demografische Wandel wird die Entwicklung der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme bereits in naher Zukunft erheblich beeinflussen. [...] Ohne frühzeitiges Gegensteuern wächst die Gefahr, dass der demografische Prozess zu steigenden öffentlichen Finanzierungsdefiziten sowie einer nicht tragfähigen Schuldenentwicklung führt und damit den Handlungsspielraum des Staates einschränkt. Rechtzeitiges Erkennen und Handeln verringert den Anpassungsbedarf erheblich, erhöht die Flexibilität des Staates für künftige Herausforderungen und erleichtert die Erwartungsbildung der Bürger.“ (Bundesministerium der Finanzen, 2016) In dieser Arbeit soll zunächst die Problemlage dargestellt werden. Außerdem soll erläutert werden, wie die Tragfähigkeit staatlicher Finanzpolitik grundlegend bemessen werden kann. Abschließend soll evaluiert werden, ob Nachhaltigkeit und Tragfähigkeit relevante Zielgrößen der Finanzpolitik sein sollten bzw. ob diese politisch umsetzbar sind.

8. * Eine Analyse von Geschlechterunterschieden in der Altersarmut

In den meisten OECD-Ländern sind Frauen weit häufiger von Altersarmut betroffen als Männer. Diese Arbeit soll mögliche Gründe für dieses Phänomen liefern. Dabei sollen konventionelle Erklärungsansätze, die beispielsweise auf die Unterbrechung von Erwerbstätigkeit und geringere Löhne eingehen, ebenso untersucht werden wie die Bedeutung der Haushaltsformen, in denen die Frauen und Männer leben. Unterschiede zwischen verschiedenen Ländern können genutzt werden, um die verschiedenen Erklärungsansätze auf ihre praktische Relevanz zu untersuchen. Nach Berücksichtigung aller gültigen Erklärungen soll am Ende der Arbeit eingeschätzt werden, ob politische Reformen angezeigt sind. Sollte dies der Fall sein, sind Empfehlungen bezüglich angebrachter Maßnahmen abzugeben.

9. Flexibilisierungsmöglichkeiten bei der Wahl des individuellen Renteneintrittsalters

Die individuellen Wünsche und Möglichkeiten, im Alter einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, sind sehr verschieden. Während die einen sich nicht vorstellen können, ihre Erwerbstätigkeit aufzugeben, sehnen sich andere nach dem Ruhestand. Das aktuelle Rentensystem in Deutschland bietet zwar bereits Möglichkeiten, unter Inkaufnahme von Abschlägen frühzeitig in Rente zu gehen oder auch über den Renteneintrittsalter hinaus zu arbeiten. Im Zuge der Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird allerdings darüber diskutiert, wie man diese Spielräume noch ausbauen kann. In dieser Arbeit sollen die rechtlichen Möglichkeiten des flexiblen Renteneintritts dargestellt und ihre ökonomischen Anreizwirkungen kritisch geprüft werden. Dabei soll vor allem der aktuelle Vorschlag der „Flexirente“ und mögliche politische Alternativen verglichen und bewertet werden.